SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Das Polenbild der extremen Rechten - eine offene Kriegserklärung im Herzen Europas?

Borstel, Dierk

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Borstel, D. (2012). Das Polenbild der extremen Rechten - eine offene Kriegserklärung im Herzen Europas? In *Probleme mit Polen? Polenbezogene Ressentiments in Vorpommern* (S. 26-32). Waren (Müritz): Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e. V. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-338533

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Betreten verboten !

Das Polenbild der extremen Rechten – eine offene Kriegserklärung im Herzen Europas?

Dierk Borstel

„Sie kommen!" [1] Wenn die NPD sich zur deutschen Ostgrenze mit Polen äußert, geschieht dies in deutlichen Worten. Anlässlich der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Europäischen Union ab Mai 2011 warnte die NPD z. B. davor: *„(jetzt) brechen alle Dämme und den ohnehin schon brachliegenden Arbeitsmärkten in Westeuropa droht die Invasion …"* [2] Die Akzeptanz bestehender Grenzziehungen gehört zu den Mindestbedingungen einer friedlichen Außenpolitik der Verständigung mit seinen Nachbarn. In ihrem Parteiprogramm erklärt sich die NPD selbst zu einer Antikriegspartei. Konflikte mit Nachbarn seien *„ausschließlich auf friedlichem Wege zu lösen"* [3], heißt es dort explizit. Wie passen also die plakativen Äußerungen mit dem selbst auferlegten Image der „Softie-Partei" zusammen? Welche Polenpolitik will die NPD betreiben? Lässt sich vielleicht sogar von einer Polenfeindlichkeit sprechen und falls ja: wird sie auch propagandistisch eingesetzt?

Dieser Artikel beschäftigt sich mit dem Verhältnis der NPD zu Polen und zur deutsch-polnischen Grenze. Die NPD wurde als jener Teil der extremen Rechten ausgesucht, der sich nicht nur als politische Bewegung, sondern explizit auch als Programmorganisation versteht und damit auch diskursiv in andere Bereiche der extremen Rechten ausstrahlt.[4] In der Grenzregion von Mecklenburg-Vorpommern arbeiten die freien Strukturen des Neonazismus mit der Partei eng zusammen und sind zum Teil sogar identisch. [5] Die Analyse konzentriert sich dabei im Rahmen dieses Artikels auf den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern der NPD, greift jedoch auch grundsätzliche Aussagen der Partei auf und analysiert die konkrete Bedeutung des Themas in den besonders betroffenen Kreisverbänden im heutigen Landkreis Vorpommern-Greifswald.

Grundsätzliches

Polen taucht im Grundsatzprogramm der NPD vom Juni 2010 als eigenständiges Wort nicht auf. Indirekt jedoch gibt es viele Stellen, in denen explizit antipolnische Positionen bezogen werden. Dies beginnt mit der parteieigenen Vorstellung davon, was unter Deutschland zu verstehen sei: *„Deutschland muß das Land der Deutschen bleiben und muß es dort, wo dies nicht mehr der Fall ist, wieder werden."* [6] (Rechtschreibfehler im Original) Was damit jenseits der völkisch-rassistischen Komponente gemeint ist, wird an späterer Stelle ausgeführt, wenn es heißt:

1 NPD-Landtagsfraktion MV (Hrsg.): *Ordnungsruf 10/2010*, S. 1.

2 Ebenda.

3 *NPD Parteiprogramm vom 4./5. Juni 2010*, S. 13.

4 Vgl. Heinrich, Gudrun: *Die NPD als Bewegungspartei, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Nr. 4/2008*, S. 29–38.

5 Vgl. Buchstein, Hubertus / Heinrich, Gudrun (Hrsg.): *Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum*, Schwalbach 2010.

6 *NPD Parteiprogramm vom 4./5. Juni 2010*, S. 5.

„Die NPD bestreitet die Rechtmäßigkeit der durch die Alliierten erzwungenen Grenzanerkennungsverträge. (…) Eine nationale Regierung hat sich in Kenntnis der Geschichte und unzweifelhafter Verstöße gegen das Völkerrecht strikt gegen die Preisgabe deutscher Gebiete zu verwehren." [7]

Bei den genannten Gebieten handelt es sich um jene Landstriche, die nach der Kapitulation Deutschlands 1945 nicht mehr zu den späteren Staaten Bundesrepublik Deutschland und DDR gezählt wurden und vorher zum Deutschen Reich gehörten. Der Großteil dieser Gebiete lag im Osten und gehört zum Kern des heutigen polnischen Staates. Die NPD bestreitet somit das Existenzrecht Polens in den heutigen Grenzen, indem es deren Außengrenzen nicht anerkennt und fordert ausdrücklich eine aktive antipolnische Politik, indem sie *„in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht (…) eine Politik der Wiedervereinigung innerhalb der geschichtlich gewachsenen Grenzen (fordert)."* [8] Die Mittel dieser Politik lässt die Partei jedoch offen und betont lediglich, dass Konflikte friedlich gelöst werden sollten. Das dürfte jedoch kaum realistisch sein. Eine Freigabe der so genannten Ostgebiete käme einer de-facto Selbstauflösung des polnischen Staates gleich, dessen Geschichte bereits jetzt von Teilungen und Auflösungen geprägt ist. [9] Die Forderung nach einer aktiven Politik kann somit nur bedeuten, mindestens antipolnische Stimmungen forcieren oder sogar zu militärischen Mitteln zur Lösung des vermeintlichen Grenzkonflikts greifen zu wollen. Jede militärische Bewegung zur Korrektur der innereuropäischen Grenzziehung zöge unweigerlich einen neuen Krieg im Herzen Europas nach sich. Somit ist jede Forderung, die auch nur in diese Richtung geht, kriegslüstern und gefährlich.

Als Legitimation für die oben genannte Forderung der NPD wird das Völkerrecht angeführt. Das ist schon deshalb interessant, weil der Austritt des Deutschen Reiches aus dem früheren Völkerbund und damit die ausdrückliche Nichtakzeptanz des Völkerrechts zu den ersten außenpolitischen Maßnahmen der Hitler-Regierung gehörte. [10] Dabei sieht das Völkerrecht in seiner heutigen Fassung tatsächlich den Schutz staatlicher Grenzen als wesentliche Forderung vor. Allerdings gebietet es explizite Ausnahmen, z. B. im Falle ethnischer Säuberungen oder militärischer Aggressionen des Staates nach außen. Beim Deutschen Reich kam beides zusammen: der Holocaust sowie ein Angriffskrieg gegen seine Nachbarn. Beides führte 1945 entscheidend zur Bildung der heutigen Vereinten Nationen und begründet bis heute die Interpretation des Völkerrechts in vielen Teilen. Der Position, dass die Abgabe der Gebiete dem Völkerrecht widerspreche, kann somit weder historisch noch aktuell zugestimmt werden. Sie ist darüber hinaus zynisch, wenn sie ausgerechnet von einer Partei, die ansonsten das Völkerrecht und das darin verankerte Menschenbild des Humanismus bekämpft, vertreten wird. [11]

Das Grundsatzprogramm der NPD kommt – zusammengefasst – ohne eine Nennung Polens aus und fordert dennoch dessen weitgehende Auflösung. Wie spiegelt sich dieses Grundverständnis nun in der konkreten Politik der NPD in Mecklenburg-Vorpommern wider? Blicken wir dazu auf die Landtagsfraktion.

---

7 Ebenda, S. 13.

8 Ebenda.

9 Vgl. Jäger-Dabek, Brigitte: *Polen. Eine Nachbarschaftskunde*, Bonn 2003.

10 Vgl. Broszat, Martin: *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, Frankfurt, S. 234ff.

11 Vgl. Kailitz, Steffen: *Die nationalsozialistische Ideologie der NPD*, in: Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.): *Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden Baden 2007*, S. 337ff

Antipolnische Positionen auf Landesebene

Zunächst unterstützt die Landtagsfraktion der NPD die grundsätzliche Position der Mutterpartei, indem auch sie von den *„nach 1945 völkerrechtswidrig geraubten deutschen Ostprovinzen“* [12] spricht. In ihrer Propaganda konzentriert sie sich jedoch auf aktuelle Fragen, in den letzten beiden Jahren besonders in Hinsicht auf die neuen Regelungen zur Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der EU. Tatsächlich existieren besonders in den grenznahen Regionen zahlreiche Ängste. Die NPD gibt sich reichlich Mühe, dass die Debatte nicht versachlicht wird und versucht sich in der Anstachelung antipolnischer Ressentiments. Beispielhaft dafür sind Aussagen des NPD-Abgeordneten Müller aus dem Landkreis Vorpommern-Greifswald. Ohne jeglichen Nachweis behauptet er im Interview, dass *„Polen Fördergelder regelrecht hinterhergeworfen“* [13] werden. Zusätzlich verbindet er das Thema explizit mit Fragen der Kriminalität und greift damit örtliche Diskurse auf. In seinen Worten klingt das dann so: *„Die Aufbewahrungsstellen der polnischen Polizei für gestohlene PKW platzen aus allen Nähten. Der Zigarettenschmuggel stieg um das Fünfzigfache …“* [14] Diese Verbindung von Themen, der Grenzöffnung mit dem Schüren von Ängsten vor einer steigenden Kriminalität mit polnischem Hintergrund, steht – wie noch zu zeigen sein wird – besonders in der grenznahen Propaganda der Partei im Mittelpunkt.

Auf Landesebene wird zusätzlich noch Stimmung gegen Versuche grenznaher Begegnungen und deutsch-polnischer Kooperationen gemacht. Bereits im Grundsatzprogramm der Partei gibt es die explizite Aufforderung zur ethnischen Trennung in Schulen, wenn es dort heißt: *„Die NPD lehnt die gemeinsame Unterrichtung deutscher und ausländischer Schüler ab.“* [15] In Mecklenburg-Vorpommern konzentriert sich die Kritik auf den Verein Pomerania e. V. Dabei handelt es sich um einen Förderverein der Kommunen in der deutsch-polnischen Grenzregion zur Stärkung dieser Region, der auch explizit grenzübergreifende Kooperationen und Strukturentwicklungen fördern soll. [16] Für die NPD ist bereits dieser Gedanke der grenzübergreifenden Politik eine Ausgeburt *„linker EU-Fetischisten und Polenfreunde“* [17]. Der Verein betreibe eine Politik der völkisch-kulturellen *„Gleichmacherei“* [18] und zerstöre somit die deutsche Kultur. Explizit wird sogar vor einer *„Polonisierung“* [19] Vorpommerns gewarnt. Dieser Begriff war schon vor hundert Jahren ein Kampfbegriff, welcher von Max Weber bis zu nationalistischen Kreisen wie dem Ostmarkenverein reichte, und wird hier aus der Schublade der Vergangenheit wieder herausgeholt. Gemeint ist dabei eine Ausbreitung der polnischen Kultur auf die deutschen Grenzgebiete. Es soll der Eindruck einer aggressiven Kulturpolitik von polnischer Seite erweckt werden, die sich auf die Verdrängung des vermeintlich „Deutschen“ richte. Der Begriff der „Polonisierung“ wird in der kommunalen Propaganda der Partei dann auch verstärkt aufgegriffen.

12 NPD-Landtagsfraktion MV (Hrsg.): *Ordnungsruf 10/2010*, S. 3.

13 Vgl. NPD-Landtagsfraktion MV (Hrsg): *Ordnungsruf 9/2010*, S. 3.

14 Ebenda.

15 *NPD Parteiprogramm vom 4./5. Juni 2010*, S. 17.

16 Vgl. *http://www.pomerania.net/main.cfm* (8.5.2011).

17 Rede des MdL Timo Müller (NPD) im Schweriner Landtag vom 18.3.2011.

18 Ebenda.

19 Ebenda.

Antipolnische Propaganda vor Ort

In den Kreisen Vorpommerns werden die grundlegenden Argumentationslinien der Landespartei weiterverfolgt und spezifiziert. Eindrücklich geschieht dies besonders mit dem Thema Kriminalität. Akribisch listet die Partei vermeintlich polnische Delikte auf. So heißt es z. B. auf ihrer Homepage als Bilanz eines Wochenendes:

„• Ein wegen Urkundenfälschung gesuchter Pole ging den Beamten auf der A 11 ins Netz. Er bezahlte seine Geldstrafe in Höhe von 210 Euro und ersparte sich dadurch 30 Tage Haft.

- *Auch auf der A 11 in Höhe Pomellen gerieten nacheinander gleich zwei polnische Staatsbürger ohne Führerschein in eine Kontrolle. Gegen den einen lag eine Führerscheinsperre in Polen vor, der zweite besitzt keine Fahrerlaubnis.*
- *Ein Pole wurde festgenommen gegen den eine internationale Ausschreibung Polens zur Auslieferung vorlag. Er wurde in die JVA Bützow gebracht.*
- *Auf der A 11 bei Nadrensee kontrollierten Bundespolizisten einen LKW mit Sattelauflieger. Nach der Überprüfung der Fahrzeugidentifizierungsnummer stellten die Beamten fest, daß der Auflieger 2008 im Landkreis Uecker-Randow gestohlen wurde."* [20]

Entsprechende Listen erfolgen grundsätzlich ohne Quellenangabe und können somit nicht nachverfolgt werden. Auch wird auf Vergleichszahlen ohne polnische Beteiligung verzichtet. So suggeriert die Auflistung eine spezifisch polnisch bedingte Form der Kriminalität, von der die deutsche Grenzregion heimgesucht werde. Dieses Bild ist gewollt und soll einen beständigen Zusammenhang zwischen Polen und Kriminalität suggerieren. In der Sprache der NPD kommt das einer alltäglichen Plage gleich, die jedoch offiziell geleugnet werde. So fasst die NPD die Liste mit folgender Formulierung zusammen: *„Die einen nennen es kulturelle Bereicherung, die anderen ausufernde Grenzkriminalität."* [21]

Mit dem Begriff der *„kulturellen Bereicherung"* wird das Thema um einen dritten Aspekt, die Integrationspolitik, erweitert. Für die NPD ergibt sich ein direkter Zusammenhang aus polnischer Zuwanderung, erhöhter Kriminalität und einer in ihren Augen gescheiterten Integrationspolitik. Deutlich wird dies in einer längeren Ausführung zum oben bereits genannten Verein Pomerania e. V. Schon deren Ansatz der grenzüberschreitenden Kooperation provoziert die NPD zur Grundsatzkritik, wenn sie zu deren Zielen schreibt: *„Europäische Einheitsmenschen völlig kultur- und wurzellos scheinen dabei der Wunschgedanke zu sein."* [22] Mit diesem Kommentar zeigt die NPD dann auch ihr eigentliches Gesicht. Völkerverständigung über Grenzen hinweg widerspricht ihrem völkischen Menschenbild der biologischen Reinheit der Völker. [23] Konsequent fordert sie die Wiedereinführung starker Grenzen, allerdings nicht an den heutigen Stellen sondern in den Ausmaßen des *„Deutschen Reiches"*. [24] Den rassistischen Reinheitsgedanken des Volkes setzt sie in Kontrast zur vermeintlichen *„Polonisierung"*, einer von ihr so bezeichneten *„Überfremdung"* der Deutschen. In ihrem Weltbild sind eine Zusammenarbeit und ein friedliches Zusammenleben zwischen Polen und Deutschen ein Verrat am Volk und damit ein Verbrechen. Welche Konsequenzen hat nun eine solche Position?

---

20 *http://www.npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=2293&mid=2* (8.5.2011).

21 Ebenda.

22 *http://www.npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=2270&mid=2* (8.5.2011).

23 Vgl. Borstel, Dierk: *„Braun gehört zu bunt dazu". Rechtsextremismus und Demokratie am Beispiel Ostvorpommerns, Münster 2011*, S. 125ff (im Erscheinen).

24 Vgl. *http://www.npd-mv.de/index.php?c* (8.5.2011).

NPD und die deutsch-polnische Grenze

Mit aggressivem Nachdruck fordert die NPD eine Grenzverschiebung und damit die Auflösung des polnischen Staates jenseits jeglicher völkerrechtlicher Grundlage. Sie scheut sich dabei nicht, vor Ort antipolnische Ressentiments zu schüren, um so die Bevölkerung von jeder Art der Verständigung und des Ausgleichs abzuhalten. Dazu greift sie einerseits auf alte Stereotype wie die Verbindung zwischen Polen und Kriminalität zurück und bindet die Propaganda andererseits an reale Themenkomplexe wie z. B. Fragen der Kriminalitätsprävention. Solche Aspekte werden jedoch nicht sachlich und transparent behandelt, sondern dienen als Aufputschmittel antipolnischer Stimmungen. In Hinsicht auf die Außenwirkung ist dieser Ansatz der NPD aggressiv und in seinem Kern auch kriegerisch. Die Forderung nach Auflösung des polnischen Staates ist gewissermaßen eine Kriegserklärung an Polen.